

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

17.10.1928 (No. 243)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. K. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf. - Samstags 15 Pf. - Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite.

Die Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ Die Gesamtstrecke

Nach den Ermittlungen, die in Friedrichshafen angestellt wurden, hat das Luftschiff einschließlich der durch das Wetter bedingten Umwege besonders vor der amerikanischen Küste eine Gesamtstrecke von etwa 12000 Kilometer zurückgelegt.

Dr. Eddners weitere Pläne

WTB. New York, 17. Okt. (Tel.) Dr. Eddner plant, vor der Rückkehr, die in etwa 10 Tagen erfolgen soll, die Städte Pittsburg, Akron, Detroit, und wenn möglich auch noch Chicago zu besuchen.

Empfangsfeierlichkeiten in New York

Im New-Yorker Rathaus fand ein offizieller Empfang der Zeppelinbesatzung statt. Der stellvertretende Bürgermeister und Dr. Eddner wechselten Ansprachen.

Der New-Yorker Bürgermeister Kee betonte in der Ansprache die Bedeutung, die dem Flug im Hinblick auf die zu erwartende Entwicklung des transatlantischen Luftverkehrs zukomme und hob den Pioniergeist des Unternehmens hervor.

Anlässlich der Landung in Lakehurst hat ein Telegrammwechsel zwischen Präsident Coolidge und Reichspräsident von Hindenburg stattgefunden.

Der englische Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare hat folgendes Telegramm an die deutsche Regierung gerichtet: „Die englische Luftfahrtbehörde entbietet herzliche Glückwünsche zur erfolgreichen Vollendung von „Graf Zeppelin“ dem würdevollen Reize nach Amerika.“

Die Direktion des Norddeutschen Lloyd hat denjenigen Teilnehmern der Zeppelfahrt, die nicht an Bord des „Graf Zeppelin“ heimkehren wollen, angeboten, sie als Gäste auf Lloydsschiffen nach Deutschland zurückzubefördern.

Die Ansichten eines südamerikanischen Luftschiffbauers, WTB. New York, 17. Okt. Der spanische Oberst Herrera, der, wie bekannt, die Reise des „Graf Zeppelin“ als Vertreter spanischer Interessenten mitgemacht hat, erklärte, daß auf der Linie Sevilla-Buenos-Aires, die von Luftschiffen in drei Tagen zurückgelegt werden könnte, günstigere Wetterverhältnisse vorhanden seien, als die Fahrt über den nördlichen Atlantischen Ozean sie biete.

Der Generalstreik in Lody

WTB. Warschau, 17. Okt. (Tel.) Der Generalstreik in Lody dauert unvermindert an. Eine Änderung in der Lage ist nicht zu erwarten, jedoch wird in weiten Kreisen der Arbeiterschaft der Wunsch laut, daß die für morgen vom Arbeitsminister einberufene Konferenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einem einigermaßen günstigen Ergebnis führt.

Schlechte Lage der englischen Schiffbauindustrie

WTB. London, 17. Okt. (Tel.) „Daily Telegraph“ schreibt: Die Lage, die durch die heute veröffentlichte Vierteljahresstatistik von Lloyd enthüllt wird, ist zweifellos ernst. Jetzt, da der künftige Aufschwung der der Regelung des Bergwerkes folgte, vorbei ist, leidet die britische Schiffbauindustrie an einem solchen Mangel an Beschäftigung, daß die Aussichten für den kommenden Winter ernst sind.

Die Einwohnerzahl Leningrads. Nach den neuesten Statistiken hat Leningrad 1724200 Einwohner, und zwar 853500 Männer und 870500 Frauen. Im Verlaufe des Jahres hat sich die Bevölkerung um 73300 Einwohner vermehrt.

Letzte Nachrichten

Das Reparationsproblem

M. Berlin, 17. Okt. (Priv.-Tel.) In Berliner amtlichen Kreisen sagt man, daß die Verhandlungen über die Reparationen noch sehr weit zurück sind, so daß die Londoner Meldungen, wonach schon im November öffentliche Verhandlungen beginnen sollen, und eventuell im Januar in London eine Konferenz stattfinden, nicht als richtig angesehen werden.

Der Welfenschlag

WTB. Berlin, 17. Okt. (Tel.) Zu den Nachrichten, die über den eventuellen Verkauf des Welfenschlages an das Ausland in der Öffentlichkeit verbreitet worden sind, haben die hannoverschen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag eine Kleine Anfrage eingebracht, worin sie das Staatsministerium fragen, was es tun wolle, um den Verkauf des geschichtlich und kulturell bedeutsamen Schlages an das Ausland zu verhindern.

Die das Nachrichtenbüro des SDZ. zu der Angelegenheit hört, wird das preussische Staatsministerium heute nachmittag nochmals über den Welfenschlag und seine eventuelle Erhaltung für Deutschland beraten. Wäher seien entsprechende Verhandlungen an den, wie dem Nachrichtenbüro versichert wird, übertriebenen Forderungen des ehemaligen Braunschweigischen Herzogenhauses gestellt; denn der preussische Staat habe sich nicht entschließen können, in den letzten Zeiten großer Wirtschaftsnöte, in denen ihm für wichtige soziale und andere Zwecke Geldmittel fehlten, 10 Millionen für den Ankauf des Welfenschlages auszugeben.

Amerika und Sowjetrußland

M. Berlin, 17. Okt. (Priv.-Tel.) In Pariser diplomatischen Kreisen sieht man - wie von dort gemeldet wird - einem Abschluß der Sowjetregierung mit General-Motors als einen entscheidenden Schritt auf dem Weg der Wiederaufnahme der russisch-amerikanischen Beziehungen an.

Das französisch-englische Abkommen

M. Berlin, 17. Okt. (Priv.-Tel.) In Paris wird an der Fertigstellung eines Selbstbuches gearbeitet, das sämtliche französischen Ärtzen über das Flottenabkommen enthalten soll. Das englische Weisbuch wird dagegen schon für Donnerstag oder Freitag erwartet, es wird aber nur Auszüge bringen, die natürlich entsprechend ausgewählt worden sind.

Um die Niederlassung der Kongregationen

WTB. Paris, 17. Okt. (Tel.) Ein gestern gefaßter Beschluß des Ministerrats, die beiden Artikel über die Wiederzulassung der religiösen Orden nicht aus dem Budget zu entfernen, ist in rechtstehenden politischen Kreisen als eine Niederlage der radikalen Minister des Kabinetts Poincaré gedeutet worden. Aus den Erörterungen der Morgenpresse ergibt sich jedoch, daß das Ministerium, da es sich nicht einigen konnte, beschließen zu haben scheint, daß die Regierung der Kammer den Antrag gestellt werden wird, die Vertrauensfrage stellen wird. Perriot hat gestern Ministerpräsident Poincaré angekündigt, daß er gegen die beiden Artikel stimmen wird. Es ist also höchstwahrscheinlich, daß bei der Beratung des Budgets der Antrag gestellt werden wird, die beiden Artikel an den zuständigen Ausschuß, also den Finanzausschuß, zurückzuweisen und daß schließlich die Zurückstellung der beiden Artikel beschlossen wird.

Der Hafenarbeiterstreik in Melbourne

WTB. Melbourne, 17. Okt. (Tel.) Die Hafenarbeiter haben beschlossen, um den neuerdings vorgeschriebenen Arbeitszulassungsschein, dessen Einführung sie sich bisher erbittert widersetzt haben, einzufommen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Beschluß bezieht sich jedoch nur auf die Hafenarbeiter, die beim Laden im australischen Verlehe tätiger Schiffe beschäftigt sind. Dagegen haben die Hafenarbeiter, die die Überseebampfer laden, mit großer Mehrheit den Vorschlag einer Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt.

Die Fürsorgelasten der Städte

Öffentliche Fürsorge und Fürsorgelasten in den badischen Städten im Vergleich mit den anderen deutschen Städten.

Im sozialen und finanziellen Leben der Städte spielt die öffentliche Fürsorge eine sehr große Rolle. Da ist es von besonderem Interesse, daß jetzt in den statistischen Vierteljahrsberichten des Deutschen Städtetags der Personenkreis der öffentlichen Fürsorge und die Fürsorgekosten während des ersten Vierteljahrs 1928 durch den Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg, Dr. E. Helbling, einer gründlichen Darstellung unterzogen werden. Denn wenn erst in den einzelnen Städten ständige Angaben über die öffentliche Fürsorge gemacht werden, so fehlt doch dabei die belehrende Vergleichung mit einer größeren Anzahl anderer Städte. Da bietet nun diese neue Untersuchung über die öffentliche Fürsorge der Städte die Möglichkeit zu einer Vergleichung der Städte untereinander.

Die Gesamtzahl der Städte ist in drei Gruppen zerlegt, einmal Großstädte der oberen Klasse von je über zweihunderttausend Einwohnern, ferner Großstädte der unteren Klasse von je hunderttausend bis zweihunderttausend Einwohnern, und die Mittelstädte mit je fünfzigtausend bis hunderttausend Einwohnern.

Mannheim gehört zu den achtzehn Großstädten der oberen Klasse. Laufend in offener Fürsorge unterstützte Parteien wurden am 31. März 1928 in Mannheim 7210 gezählt. Auf das Tausend der Einwohner Mannheims macht das 29,13 Parteien. Im Durchschnitt aller Großstädte dieser oberen Klasse kommen auf das Tausend der Bevölkerung 32,65 laufend in offener Fürsorge unterstützte Parteien. Mannheim gehört zu den elf Großstädten dieser Klasse, die unter dem Durchschnitt der ganzen Klasse liegen. Und zwar steht Mannheim an zwölfter Stelle der achtzehn Großstädte der oberen Klasse, zwischen Stuttgart mit 29,79 und Leipzig mit 27,33 laufend in offener Fürsorge unterstützten Parteien auf jedes Tausend Bevölkerung der Stadt. Die relative Höchstzahl in dieser oberen Klasse der Großstädte bietet Königsberg mit 49,23, die verhältnismäßige Geringstzahl hat Duisburg mit 20,18 unterstützten Parteien auf das Tausend Bevölkerung.

Karlsruhe ist in der zweiten Gruppe, in der der einundzwanzig Großstädte der unteren Klasse. In Karlsruhe treffen wir am Feststellungstermin 5291 unterstützte Parteien, in Verhältniszahl ausgedrückt 36,32 unterstützte Parteien auf jedes Tausend Einwohner. Die Durchschnittszahl für diese zweite Gruppe der Großstädte ist 28,36 unterstützte Parteien auf jedes Tausend Bevölkerung. Karlsruhe ist mit acht anderen Städten über dieser Durchschnittszahl, hat dabei den fünften Platz in der Reihe der einundzwanzig Großstädte dieser Gruppe, in der Nachbarschaft von Braunschweig mit 36,73 und Aachen mit 35,94 unterstützten Parteien auf das Tausend der Bevölkerung. Die verhältnismäßige Höchstzahl von 62,70 unterstützten Parteien auf das Tausend Bevölkerung besitzt in dieser Städtegruppe Kassel, die relative Geringstzahl mit 12,84 unterstützten Parteien zeigt Harburg-Wilhelmsburg.

Die dritte Gruppe der Städte, die der Mittelstädte von je fünfzigtausend bis hunderttausend Einwohner, umfaßt zweiundvierzig Städte, darunter aus Baden die drei Städte Freiburg, Forzheim und Heidelberg.

In dieser Städtegruppe ist die Durchschnittszahl für die unterstützten Parteien auf jedes Tausend der Einwohner 31,09 Parteien. Die relative Höchstzahl von 61,08 unterstützten Parteien auf das Tausend Einwohner hat Tilsit, die relative Geringstzahl von 13,85 zeigt Esterhede.

Freiburg hat am 31. März 1928 im ganzen 3754 unterstützte Parteien aufzuweisen, oder auf jedes Tausend der Bevölkerung 41,49 Parteien. Freiburg liegt über dem Durchschnitt der ganzen Städtegruppe nach der Ziffer für die unterstützten Parteien auf jedes Tausend der Bevölkerung; es nimmt den neunten Platz in der Reihe der Mittelstädte hier ein, zwischen Potsdam mit 42,38 und Zwickau mit 40,72 unterstützten Parteien auf das Tausend der Bevölkerung.

Pforzheim zählt 2433 unterstützte Parteien, das sind 30,85 auf das Tausend Einwohner. Damit befindet sich Pforzheim gerade unter der Durchschnittszahl für die ganze Gruppe der Mittelstädte, am zwanzigsten Platz der Mittelstädte, zwischen Kofstad mit 31,57 und Beuthen mit 30,51 unterstützten Parteien auf das Tausend Bevölkerung.

Heidelberg weist 3871 unterstützte Parteien auf, auf das Tausend sind Einwohner 53,00 Parteien. Es ist hoch über der Gruppenschnittszahl, an vierter Stelle der Mittelstädte, zwischen Regensburg mit 55,05 und Kaiserslautern mit 50,20 unterstützten Parteien auf das Tausend Einwohner.

Nun betrachten wir zweitens die Fürsorgekosten in ihrer absoluten wie relativen Höhe, ohne Wochenfürsorge. **Mannheim** hat an Fürsorgekosten, ohne Wochenfürsorge, im ersten Vierteljahr 1928, Bar- und Sachleistungen auch im folgenden immer zusammengekommen, 1.619.400 RM gehabt; das macht 6,54 RM auf den Kopf der Bevölkerung. Damit ist Mannheim unter dem Durchschnittskopfsatz von 6,64 RM seiner Städtegruppe, es hat den zehnten Platz in seiner Gruppe, zwischen Magdeburg mit 6,82 und Stettin mit 6,46 RM Fürsorgekosten auf den Kopf der Einwohner. Den Höchstkopfsatz zeigt in dieser Gruppe mit 8,37 RM Frankfurt a. W., den Niederstkopfsatz mit 3,47 RM weist Chemnitz auf.

Karlsruhe hat in dem ersten Vierteljahr 1928 insgesamt 1.241.600 RM Fürsorgekosten ohne Wochenfürsorge. Mit seinem Satz von 8,52 RM in der Gruppe der Großstädte der unteren Klasse. Innerhalb der Städtegruppe steht es an vierter Stelle, zwischen Aachen mit 8,57 RM und Erfurt mit 7,91 RM Fürsorgekosten auf den Kopf der Bevölkerung. Wiesbaden hat in dieser Gruppe der Städte den höchsten Kopfsatz für Fürsorgekosten mit 13,06 Reichsmark; Ludwigshafen (Rhein) zeigt mit 1,51 RM den niedersten Kopfsatz der Gruppe.

In der Gruppe der Mittelstädte ist der Durchschnittssatz der Fürsorgekosten auf den Kopf der Bevölkerung 4,74 RM. Den höchsten Kopfsatz der Fürsorgekosten hat unter den Mittelstädten Heidelberg mit 9,30 RM, den niedersten Kopfsatz besitzt in dieser Städtegruppe Dsnabrück mit 1,96 RM.

Freiburg weist im ersten Vierteljahr 1928 insgesamt 860.200 RM Fürsorgekosten (ohne Wochenfürsorge) auf, auf den Kopf der Bevölkerung 8,91 RM. Damit hat Freiburg den vierthöchsten Platz unter den zweihundertzwei Städte dieser Gruppe, zwischen Bonn mit 8,93 RM und Darmstadt mit 6,32 RM vierteljährlichen Fürsorgekosten auf den Kopf der Bevölkerung.

Pforzheim hatte im ganzen in der Berichtszeit 709.300 Reichsmark Fürsorgekosten, oder auf den Kopf der Bevölkerung ausgerechnet 8,99 RM. Nach dem Kopfsatz der Fürsorgekosten steht Pforzheim an zweithöchster Stelle in der ganzen Gruppe der Mittelstädte, zwischen Heidelberg mit 9,30 RM und Bonn mit 8,93 RM Fürsorgekosten auf den Kopf der Bevölkerung.

Heidelberg weist im ersten Vierteljahr 1928 eine Gesamtsumme der Fürsorgekosten (Bar- und Sachleistungen zusammen) von 678.900 RM auf. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen 9,30 RM Fürsorgekosten, von allen Städten dieser Gruppe der deutschen Mittelstädte der höchste Kopfsatz der Fürsorgekosten.

So lernen wir für diese zwei Hauptpunkte der öffentlichen Fürsorge, was den Personenkreis und was die Fürsorgekosten im Verhältnis zur gesamten Einwohnerzahl der Städte betrifft, die besondere Stellung der badischen Städte im Rahmen der deutschen Städte genauer kennen.

Interpellationsdebatte im braunschweigischen Landtag

W. Braunschweig, 17. Okt. In der gestrigen Sitzung des Braunschweigischen Landtages, die bis in die späten Abendstunden andauerte, stand die Große Anfrage der Deutschen Volkspartei zur Personalpolitik auf der Tagesordnung. Die Anfrage führt aus, daß die Maßnahmen des Staatsministeriums auf dem Gebiete der Personalpolitik durch das Parteiministerium beabsichtigt, auf diesem Wege fortzuschreiten. Bei der Begründung der Anfrage führte Abg. Brandes (DVP) Eingriffe an, kündigte an, daß seine Partei ihre bisherige Zurückhaltung in der Opposition aufgeben werde und erklärte u. a.: „Wir sind nicht gewillt, auf die Dauer Jähnen zu helfen, wo Sie uns gebrauchen können und uns im übrigen von Ihnen vergewaltigen zu lassen.“

Minister Dr. Falser erwiderte, daß eine Rechtfertigungsnotwendigkeit im Sinne der Anfrage nicht gegeben sei. Die Regierung sei gewillt, denselben Weg fortzuschreiten, den sie bisher eingeschlagen hat. Sie sei der Auffassung, daß dies im Interesse des Allgemeinwohles liege. Es sei nichts weiter geschehen, als was zulässig sei: Beamte seien im Interesse des Dienstes in den Ruhestand versetzt worden. Die Stellung der Regierung zum Berufsbeamtentum sei dieselbe wie früher, nur müsse man in gewissem Umfange politische Beamte haben. Die Regierung wisse es von sich, daß Parteipolitik etwas sei, was mit Krankheit und Senectute zu vergleichen sei. „Wir verleugnen es nicht“, erklärte der Minister, „daß wir unsere Amtsmassnahmen von der Bestandschauung beeinflussen lassen, der wir dienen.“ Er bestreite nicht, daß die Ruhestandsgehälter erheblich sind und daß sie ihm einige Sorge gemacht haben. Die Regierung habe sich immer vom Wohle des Staates und des Volkes leiten lassen.

Die **Deutschnationale Volkspartei** gab eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Es sei zwecklos, mit der gegenwärtigen Regierung in eine Auseinandersetzung über sachliche und staatsverhaltende Politik einzutreten. Ihre Politik müsse zum Zusammenbruch des Staates führen. Die Entscheidung könne nicht durch parlamentarische Debatten erfolgen. Der Abgeordnete **Marquard (DVP)** erklärte, der Antrag habe nicht abgewandt, Stimmung zu machen. In einzelnen Fällen seien befriedigende Erklärungen vom Ministerialrat ergangen. Dagegen sehe der Abgeordnete in der zur Zeit befolgten Beamtenpolitik nach wie vor eine große Gefahr.

Der Landtag vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Der preussische Innenminister über die Amerikafahrt

Unliebame Vorkänge

Der preussische Innenminister **Grzejski**, der als Vertreter der preussischen Regierung die Amerikareise des Luftschiffes mitmachte, berichtete über unliebame Vorgänge bei der Landung in Lachhurst:

Nach Betreten des Schiffes in Lachhurst, das den Reisenden erst nach einjährigem Warten gestattet wurde, mußten die Passagiere zu ihrer Überraschung auch einige unangenehme Erfahrungen machen. Sie wurden nämlich von einem horden Poliziisten umgeben und in das Zollgebäude geführt, als ob sie Schmuggelobjekte hätten. Dabei legte die amerikanische Polizei Manieren an den Tag, die die Fahrgäste hart bereden mußten. Verschiedentlich wurden die Reisenden geschubst und häufig geüßelt, ja einer erhielt sogar einen Faustschlag ins Gesicht. Unter den demot. Behandelten befand sich auch der deutsche Generalmajor **Levin**. Das Verhalten der amerikanischen Poliziisten veranlaßte mich zu der öffentlichen Erklärung, daß, wenn derartige in Preußen vorkommen würden, die Beamten noch am gleichen Tage entlassen werden würden. Da aber meine Reise inoffiziell war, so werde ich von einer Beschwerde absehen. Der Amerika-tennt, wird das an sich zu verurteilende Verhalten der Poliziisten keineswegs auf böse Absichten zurückzuführen, sondern es durch die mangelhafte Schulung der amerikanischen Poliziisten erklären, die, wie sich auch ständig bei der Landung der Seeschiffe zeigt, leicht geneigt sind, den ausländischen Einreisenden gegenüber die Rolle des überlegenen Vorgefetzten anzunehmen.

Im übrigen hob der Minister hervor, daß während der ganzen Dauer der langen Fahrt die Passagiere nicht einen Augenblick auch nicht das geringste Gefühl der Beunruhigung empfanden, selbst nicht als das Luftschiff durch das Aufsteigen der Bespannung durch eine plötzlich auftretende Luftboe sich plötzlich mit der Spitze nach unten senkte und sich ganz kurz danach mit der Spitze nach oben richtete. Selbst in diesem Augenblick entstand unter den Reisenden keinerlei Panik; denn die Abweichung in der Höhe der Gondel von der horizontalen Richtung war trotz allem verhältnismäßig gering geblieben.

Besonders zu rühmen ist die äußerste Ruhe, die das Schiff auch während des stärksten Windes und den heftigen Regengüssen bewahrte. Seine Bewegungen zeigten im Gegenfatz zu denen des Seebumpfers auch in solcher Lage weder ein Rollen noch ein Stampfen, sondern das Schiff nahm seinen Weg, indem es sanft und in horizontaler Lage dahinglitt. Es ist unter den Passagieren kein einziger Luftkrank geworden. Die anderslautenden Gerüchte sind anzutreffend. Auch der Schlaf der Reisenden war ausgezeichnet, da jede Vibration, auch die kleinste Erschütterung der Schiffsgondel fehlte. Außer dem scharfen Luftstoß, der das Höhenfeuer beschädigt hatte, war auf der ganzen Fahrt kein Sturmwind imlande gewesen, das Luftschiff aus der Gleichgewichtslage herauszubringen. Abgesehen von gelegentlichen Regengüssen war das Wetter, das der „Graf Zeppelin“ infolge guter Navigation passierte, auf der Fahrt gut.

W. Washington, 17. Okt. (Tel.) Das Marineamt erklärt: Es seien ihm keine Klagen über das Benehmen der zum Hilfsdienst bei der Landung kommandierten Matrosen oder Marinesoldaten zugegangen. Der Untersekretär im Marineamt, **Warner**, der bei der Landung zugegen war, wies darauf hin, daß die Angehörigen der Marine mit den Passagieren des Zeppelins nicht in Verührung gekommen seien. Die Kritik der Presse könne sich also nicht gegen die Marine richten. Die Verzögerung der **Bollinspektion** erklärt sich aus dem Umstande, daß in Lachhurst keine dafür geeigneten Räume vorgefunden seien, und daß es sich überhaupt um ganz neue Verhältnisse handle.

Die Arbeitskämpfe

Nach einer Mitternachtsmeldung aus Düsseldorf ist im Lohnkonflikt der nordwestdeutschen Eisenindustrie nunmehr die **Vertretung eines Schlichters** durch das Reichsarbeitsministerium erfolgt, und zwar ist das Amt Dr. **Zötten**, Köln, übertragen worden. Die Parteien werden voraussichtlich schon in aller Kürze zu Verhandlungen geladen werden.

Auf der Vertreterkonferenz des **Deutschen Metallarbeiterverbandes** wurden die Maßnahmen der Organisation und des Verhaltens der Verhandlungsleiter gutgeheißen. Es wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die Lage als überaus ernst anzusehen sei. Jegendwelche Entschleunigungen in bezug auf die weitere Haltung der Gewerkschaften in den kommenden Schlichtungsverhandlungen wurden nicht gefast. Nach einer weiteren Meldung werden die Metallarbeiterverbände die **Arbeitszeitregelung** zum nächsten Termin kündigen.

Der vom staatlichen Schlichtungsausschuß gefällte **Schiedspruch** für die Textilindustrie im **Münchener-Glabbacher Bezirk** bestimmt, daß zum Zeitlohn der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ein Zuschlag von 5 Prozent tritt. Für die Berechnung des **Akkordlohnes** soll als Stichtag der 70. (bisher 10 bis 25) Prozent Verdienst über den für die Akkordberechnung maßgeblichen Zeitlohn erreichen. Die Arbeit soll baldmöglichst wieder aufgenommen werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, und das Arbeitsverhältnis soll als nicht unterbrochen gelten. Dieser Lohnsatz soll erstmalig zum 1. April 1930, der Manteltarif erstmalig zum 31. Dezember 1930 kündbar sein. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft bis zum 20. Oktober, 12 Uhr mittags. Für den Bereich des früheren Schlichterverbandes niederheinischer Seidenwebereien in **Wierfen** wurden den Parteien besondere Verhandlungen aufgegeben.

Der **Prozess um die Kaiserfarmen**. Wie die „**Ros. Ztg.**“ berichtet, hat die klagende Mandatsregierung von **Südwestafrika** gegen das Urteil des Windhuker Gerichtes, welches die **Wiederentragung des Hohenzollernschen Hausfideikommisses** als Eigentümer der während des Krieges beschlagnahmten **Farmen Diddorn und Coles** in das Grundbuch anordnete, eine Berufung nicht eingelegt. Damit ist nach sechsjähriger Dauer der Prozess um die sog. Kaiserfarmen **endgültig entschieden** und das Windhuker Urteil rechtskräftig geworden. Die gesamten Kosten des Gerichtsstreites sind der klagenden Mandatsregierung auferlegt.

Ludendorff und die Chinesen. Wie die „**D.A.Z.**“ von wohlunterrichteter Seite erfährt, beständig sich die Zeitungsmeldungen über ein Angebot der chinesischen Regierung an **General Ludendorff**, die Organisation und Leitung der chinesischen Armee zu übernehmen, nicht. **General Tschu Si**, der Führer einer chinesischen Kommission, der im Auftrage des **Generals Tschiangkai-schek** Deutschland besuchte, hat bei dieser Gelegenheit **General Ludendorff** seinen Besuch gemacht, um ihm die **Gründe Tschiangkai-scheks** und anderer chinesischer **Heerführer** zu überbringen, die in **General Ludendorff** einen der größten Strategen der deutschen Armee während des Weltkrieges sehen. Ein Übertritt des **Generals Ludendorff** in den Dienst der chinesischen Regierung ist überhaupt nicht erwähnt worden.

Die Reichseinnahmen vom 1. April bis 30. Sept.

Die Reichseinnahmen im Monat September (alle Angaben verstehen sich in Millionen Reichsmark) betragen für Besitz- und Verkehrssteuer 302,9, für Zölle und Verbrauchsabgaben 247,9, insgesamt also 610,8.

Für die Zeit vom 1. April bis 30. September stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 3075,5 und 1421,9, mithin zusammen auf 4497,4. Das für das gesamte Rechnungsjahr (1. April 1928 bis 31. März 1929) geschätzte Aufkommen stellte sich auf 8862. Mithin übersteigt das Gesamtaufkommen im ersten Halbjahr um 66,5 die Hälfte der geschätzten Jahreseinnahme. Diese Mehreinnahme entfällt mit 45,5 auf Besitz- und Verkehrssteuern und mit 21 auf Zölle und Verbrauchsabgaben. Unter Berücksichtigung der üblichen Schwankungen des Aufkommens der einzelnen Monate besteht nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums begründete Aussicht, daß das geschätzte Gesamtaufkommen erreicht werden wird.

Reform des Schlichtungswesens

In der am Dienstag in Berlin im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Besprechung über die Reform des Schlichtungswesens faßte der Reichsarbeitsminister ihr Ergebnis dahin zusammen, daß die **Berechtigung und der Nutzen des Schlichtungswesens** von allen Beteiligten in der Aussprache eindeutig und uneingeschränkt anerkannt worden sei. Die Arbeitnehmer hätten uneingeschränkt ihre Tarifwilligkeit zu erkennen gegeben. Sie hätten sich damit zu der in Art. 165 der Reichsverfassung festgelegten gleichberechtigten Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter bei der Regelung der Arbeitsbedingungen bekannt. Von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei der Wunsch nach **möglichst direkter Beilegung** von Arbeitsstreitigkeiten in freier Vereinbarung oder durch tarifliche Schiedsgerichte geäußert worden. Durch diese tariflichen Schiedsgerichte hätten die Beteiligten die Möglichkeit, die amtlichen Schlichtungsorgane überhaupt auszuschalten. Die völlige Beseitigung der **Verbindlichkeitserklärung** sei nicht gefordert worden. Die **Verbindlichkeitserklärung** bilde auch gar nicht regelmäßig den Abschluß des Schlichtungsverfahrens, sondern sei eine Ausnahme. Um einzelne vorhandene Mängel zu beseitigen, wäre es vielleicht wünschenswert, den Begriff „öffentliche Interesse“ etwas schärfer zu fassen und strengere Voraussetzungen für ein Eingreifen der amtlichen Schlichtungsorgane von Amts wegen festzulegen.

Saardeutsche Franzosen — oder Franzosen wider Willen

In einer Eingabe an den Präsidenten der Regierungskommission wendet sich die **Deutsch-Saarländische Volkspartei** gegen den noch immer bestehenden unbilligen Zustand, daß **junge Leute**, deren Eltern seit vielen Jahrzehnten im Saargebiet ansässig sind (die selbst im Saargebiet geboren sind und hier ihren Wohnsitz hatten), von der französischen Militärbehörde **Gestaltungsbefehle** erhalten. Es handelt sich durchweg um Leute, die zwar auf Grund des § 1 der Anlage zu Artikel 79 des Friedensvertrages die französische Staatsangehörigkeit ohne ihr Zutun erworben, die aber inzwischen auf Grund eines **Naturalisationsantrages** die preussische bzw. bayerische Staatsangehörigkeit wieder erworben haben. Es wird davon Mitteilung gemacht, daß kürzlich ein französischer Soldat in der Wohnung eines Saarbrücker Bürgers, der im vorigen Jahre die preussische Staatsangehörigkeit erlangt hatte, erschienen ist, wobei er darauf hintrieb, daß er dem ihm zugegangenen französischen **Gestaltungsbefehl** unbedingt Folge leisten müsse, im anderen Falle seine Festnahme erfolgen würde.

Benutzung der Postlerklasse durch die **Schwertriebsbesoldigten**. Bisher war der Schwertriebsbesoldigte mit der Fahrkarte 4. Klasse die Benutzung der 3. Wagenklasse gestattet. Da die Reichsbahn mit dem 7. Oktober die Umstellung auf das Zweiklassenystem vorgenommen hat, so war der Reichstagsabgeordnete **Gemeter**, beim Reichsverkehrsminister dahingehend vorstellig geworden, daß den Schwertriebsbesoldigten die Benutzung der Postlerklasse mit der Fahrkarte für Postlerklasse gestattet werden möchte. Nunmehr teilt der Reichsverkehrsminister dem Abgeordneten **Gemeter** mit, daß er wegen des Antrages auf Änderung der Bestimmungen über die **Gewährung der Fahrpreisermäßigung** für Kriegsbeschädigte befürwortend an die Deutsche Reichsbahngesellschaft, Hauptverwaltung, herangetreten sei.

Austritt Dinters aus der **Nationalsozialistischen Partei**. Im Thüringischen Landtag gab der Abg. Dr. **Dinter** die Erklärung ab, daß er nicht mehr Abgeordneter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sei. Der Parteiführer **Dinter** habe ihn aufgefordert, seine religiösen Kämpfe aufzugeben oder aus der Partei auszutreten. Er habe das Ansuchen **Hilters** abgelehnt, erkläre aber, daß er noch wie vor eine Politik vertreten werde, die im Interesse eines nationalsozialistischen Großdeutschland liege.

Die Chorzower Stickstoffwerke. Der Ständige Internationale Gerichtshof in **Daag** hat auf Grund seiner am 13. v. M. im deutsch-polnischen Streitfall über die Chorzower Stickstoffwerke gefällten bekannten Entscheidung durch einen nun gefasteten **Gerichtsbefehl** den norwegischen Ingenieur **Emil Collett**, den Schweizer Ingenieur **Dans Perzog** und den Generaldirektor der norwegischen **Hafslund Karbidfabrik**, **Yvar Koch**, zu **Mitgliedern** des Sachverständigenkomitees ernannt, das die Frage der **Höhe der politischen Ersatzleistung** zu untersuchen haben wird. Den beiden Prozessparteien ist gleichzeitig aufgegeben worden, ihre eventuellen **Befürer** zu diesem Sachverständigenkomitee bis zum 1. November beim Sekretariat des Gerichtshofes zu melden.

Die neue Eisenbahnlinie Estrasburg—St. Die. Am kommenden Sonntag findet die offizielle Einweihung der neuen Bahnlinie Estrasburg—St. Die statt. Die Feierlichkeiten werden von **Poincaré** selbst präsidiert werden. Die neue Bahnlinie ist die erste der drei geplanten Linien, die das Elsaß in direkter Linie mit dem benachbarten Departement Vosges verbinden wird. Die Kosten für die Bahn betragen 145 Millionen französische Franken.

Zusammenstöße in Prag. In Prag kam es Dienstag mittag beim **Abmarsch** des Trauerzuges für die Opfer der Einsturz-Katastrophe in **Weinberge** zu **Zusammenstößen** zwischen Arbeitern und Polizei. Etwa 600 Kommunisten versuchten, die dort errichteten Reubauten zu beschädigen. Als die Wache einschreiten wollte, wurde sie von den Aufständischen mit **Stein**eln bedroht. Acht Personen wurden festgenommen.

Pläne für ein japanisches Marineflugzeug. Die japanischen Marinebehörden haben Pläne für ein **Meeresturbinenflugzeug** fertiggestellt, das mit **Geschützen** und **Bomben** ausgerüstet und imstande sein soll, 3000 Meilen zu fliegen, ohne neuen Betriebsstoff aufzunehmen. Der Bau soll demnächst beginnen.

Englische Flottenverbände verschwinden. Wie aus **London** gemeldet wird, untersucht die Polizei das geheimnisvolle Verschwinden einer Anzahl wichtiger Flottenverbände. Die Dokumente wurden einem Beamten, der sie in seiner **Altenmappe** bei sich trug, entwendet. Laut „**Star**“ sind sie von der größten Bedeutung. „**Daily Telegraph**“ zufolge beziehen sich die Dokumente auf **Schnelligkeitsprüfungen** von Kriegsschiffen, die kürzlich in **Amelienheit** von Marinefachverständigen angefielt wurden.

Völliger Misserfolg des Volksbegehrens

Das kommunistische Volksbegehren gegen den Bau von Panzerkreuzern aller Art wurde am gestrigen Dienstag beendet, nachdem die Eingetragenenlisten 14 Tage lang im ganzen Deutschen Reich öffentlich ausgelegt waren. Obwohl die endgültigen Listen noch nicht vorliegen, kann man feststellen, daß die Kommunisten mit ihrem Volksbegehren einen völligen Misserfolg erlitten haben. In Berlin, wo das Eintragungsergebnis noch verhältnismäßig günstig ist, wurden bis zum Montagabend 845 786 Stimmen gezählt. Selbst wenn man annimmt, daß die Eintragungen am Dienstag so zahlreich gewesen sind, daß die 400 000 überschritten wurden, wäre damit nicht mehr als etwa der vierte Teil des Volksbegehrens über die Enteignung der Fürstenvermögen erzielt. Man wird laut „Voss. Ztg.“ annehmen dürfen, daß die Kommunisten für ihr Volksbegehren insgesamt nicht mehr als höchstens 2 Millionen Stimmen aufgebracht haben, während sie bei den letzten Reichstagswahlen 4 1/2 Millionen Stimmen erzielten.

Der Streit um den Welfensfonds

Der preussische Staat hat den Aufwertungsprozess, den das Haus Lüneburg vor längerer Zeit gegen ihn angestrengt hatte, nunmehr aus in zweiter Instanz vor dem Berliner Kammergericht gewonnen. Der Prozess, der schon länger als ein Jahr läuft, betrifft den sogenannten Welfensfonds, der bekanntlich unter der Verwaltung des preussischen Finanzministers steht. Er betrug ursprünglich 16 Millionen Taler, war aber in der Inflation zusammengeschrumpft, so daß nach erfolgter Aufwertung auf Grund der entsprechenden Gesetze nur noch 1,86 Millionen RM in Anleiheablosungsschuld übrig blieben. Das jetzige Urteil wird abermals angefochten werden und die letzte Entscheidung wird nun beim Reichsgericht liegen.

Gegen die Schwarzfunter

Seit Einführung der Kurzwellentelegraphie hat die private und vor allem die unerlaubte Inbetriebnahme von Sendestationen durch Amateure einen beträchtlichen Umfang angenommen, durch wie das „W. L.“ meldet, die zuständigen Stellen sich zu einem energiegelassen Eingreifen entschlossen haben. Die „Schwarzfunter“ stören den gesamten amtlichen Funkverkehr und können sogar den transozeanischen Funkverkehr lähmen. Die meisten Amateure unterhalten Kurzwellensendestationen, deren Anschaffungskosten verhältnismäßig gering sind, sicher nur aus technischem Interesse und Freude an der verhältnismäßig jungen Erfindung. Es ist aber auch festgestellt worden, daß gewisse politische Parteien sich verborgener Sender bedienen, um Nachrichten weiterzugeben. Seit Monaten hat nun das Reichspostzentralamt im geheimen die Schwarzfunker überwacht. Durch ein ingenieures System ist es gelungen, 150 Schwarzfunker festzustellen. Sicher haben sich diese, weil sie nicht wußten, daß sie überwacht werden, selbst verraten, da sie ihren Stand und Adresse angaben. Gegen sie ist das Nötige veranlaßt worden.

Die Mainzer Domfeier

Im Mittelpunkt der Festlichkeiten anläßlich der Wiederherstellung des Mainzer Domes stand Dienstag vormittag das bei der Weihe der Altäre von Rutilius Racceli gehaltene Pontificalamt. Um 10 Uhr zogen die Kirchenfürsten in feierlichem Zuge im Dom ein. Zuvor bildeten Spalier in den feierlich geschmückten Straßen. Der Erzbischof von Freiburg, die Bischöfe von Fulda, Limburg, Speyer, Trier und Rotenburg, der französische Armeebischof, die Äbte von Maria-Thaas, Metten und Marienstadt nahmen zu beiden Seiten des Altars Platz. Als Vertreter der Reichsregierung wohnte dem Gottesdienst der Reichsminister für die besetzten Gebiete, von Guérard, bei.

Nachmittags versammelten sich die geistlichen und weltlichen Festgäste im Akademiesaal des kurfürstlichen Schlosses zu einer akademischen Feier. Namens des heiligen Reiches sprach Staatspräsident Aulic die tiefe Anteilnahme der heiligen Regierung und des ganzen Heiligenlandes an der Wiederherstellung des wunderbaren Wandermals zum Ausdruck. Als Vertreter der Reichsregierung entbot der Reichsminister für die besetzten Gebiete, v. Guérard, herzliche Glückwünsche. Trotz der Not der Zeit habe es auch die Reichsregierung für ihre vornehmste Aufgabe gehalten, beizutragen zur Wiederherstellung des Domes, dieses hehren deutschen Kunstwerks, dessen religiöse und geschichtliche Bedeutung weit hinausgeht über die Mauern dieser Stadt. Die Geschichte der Stadt Mainz waren die des Domes, waren immer verbunden mit dem Geschick des Deutschen Reiches. Das hat sich gezeigt bis in die neueste Zeit.

Darauf sprach der Erzbischof von Freiburg seine Freude über die gelöste Aufgabe aus und knüpfte daran den Wunsch, daß der wieder befestigte Dom, bei dessen Sicherung Staat und Kirche, Reich und Volk einträchtig zusammenarbeiten, ein Wahrzeichen sein möge dafür, daß auch in Zukunft die beiden Gewalten, Staat und Kirche, zum Wohle des Volkes, jede in ihrem Bereiche selbständig, zusammenstehen mögen.

Der heilige Staatsminister Rinberger schilderte in seiner Festrede die Schönheit des Domes und feierte seine Bedeutung als Symbol des menschlichen Lebens. Der Bischof von Mainz, Dr. Hugo, gab den Gefühlen des Dankes gegenüber allen Ausdrück, die zu dem Gelingen des Wertes beigetragen haben.

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Reichsarbeitsministeriums findet am Dienstag, den 30. Oktober, im Festsaal des Reichsarbeitsministeriums eine Feier statt, auf der voraussichtlich der Reichsarbeitsminister, der Reichskanzler und Reichstagspräsident Rede sprechen werden. Es werden weiter zu Wort kommen ein Vertreter des Reichsrates, ein Vertreter des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und ein Vertreter des internationalen Arbeitsamtes.

Der Reichskanzler will mit dem Zentrum verhandeln. Nach einer Meldung des Demokratischen Zeitungsdienstes wird Reichskanzler Hermann Müller in den nächsten Tagen eine Aussprache mit dem Zentrumsführer Stegerwald haben, in der die aktuellen politischen Probleme und darunter auch die Frage der Stabilisierung der gegenwärtigen Koalition besprochen werden sollen.

Die Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei findet voraussichtlich Mitte November statt. Gegenüber Presseanfragen, die die Einberufung für den 17. November melden, wird von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei darauf hingewiesen, daß eine Entscheidung über den Termin noch nicht vorliegt. Der 17. November wird wahrscheinlich nicht in Frage kommen, da am 18. November in Preußen die Reichswahlen stattfinden.

Verhaftung wegen Spionageverdacht. Der Schütze Prinz von dem 8. Bat. des Infanterieregiments 12 in Magdeburg wurde unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Prinz soll während eines Urlaubs mit seinem Bruder von Ludwigshafen aus nach Mainz gefahren sein und dort dem französischen Spionagerbüro Material über die Reichswehr mitgeteilt haben.

Einburgs Schwiegerohn f. Reichspräsident von Einburg ist durch den Tod seines Schwiegerohnes, des Landrates a. D. Dr. phil. von Brodhufen-Justin, der plötzlich in Reichenhall, wo er Heilung von seinem Leiden suchte, am Herzschlag verstorben ist, in tiefe Trauer versetzt worden.

Der Schiedspruch im niederschleisischen Steinkohlenrevier ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Über die Wiederaufnahme der Arbeit haben die Parteien im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung abgeschlossen.

Brauns Generaldirektor des Volksvereins. Der langjährige Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. Fohn, ist von seinem Posten zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde, dem „Deutschen“ zufolge, vom Vorstand der ehemalige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gewählt.

Badischer Teil

Einlagebestände bei den badischen Spartakassen

Die Spareinlagen bei den badischen Spartakassen sind im August um 288,5 Millionen Reichsmark auf 295,9 Millionen Reichsmark, also um 7,4 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Einzahlungen im Berichtsmonat beliefen sich auf circa 17,5 Millionen Reichsmark, die Rückzahlungen auf circa 10,3 Millionen Reichsmark, so daß sich also ein Einlageüberschuß von circa 7,2 Millionen Reichsmark ergibt. Dazu kommen dann noch 0,15 Millionen Reichsmark kapitalisierte Zinsen und 0,1 Millionen Reichsmark neu in die Statistik einbezogene aufgewertete Spareinlagen.

Von dem auf Ende August vorhandenen Spareinlagenbestand von 295,9 Millionen Reichsmark entfallen 267,3 Millionen Reichsmark auf neue Spareinlagen und 28,6 Millionen Reichsmark auf aufgewertete Spareinlagen.

Die Depositen, Scheck-, Giro- und Kontokorrenteinlagen sind im Monat August um ein Geringes zurückgegangen. Sie beliefen sich am Ende des Berichtsmontats auf 50,8 Millionen Reichsmark gegenüber 51,5 Millionen Reichsmark am 31. Juli 1928.

Die Gesamteinlagenbestände bei den badischen Spartakassen betragen hiernach am 31. August 1928 circa 346,7 Millionen Reichsmark.

Der Flugverkehr in Baden

Im Jahre 1927 hatte der Flughafen Mannheim eine Ankunft von 1401 Flugzeugen und einen Abflug von 1402 Flugzeugen zu verzeichnen und nimmt damit unter den badischen Flughäfen weitaus den ersten Platz ein. Es folgen Karlsruhe mit 806 bezw. 811, Baden-Baden 390 bezw. 384, Billingen 309 bezw. 305, Konstanz 145 bezw. 144, und Freiburg 143 bezw. 143. Angeflogen sind in Mannheim 1220 Fahrgäste, abgefahren 1174, in Karlsruhe 763 bezw. 849, Baden-Baden 431 bezw. 392, Freiburg 503 bezw. 611, Konstanz 357 bezw. 302 und Billingen 224 bezw. 261.

Die Heidelberger Tagung der D.L.G.

Am Dienstag fanden die letzten Ausschüß- und Abteilungsverfassungen der D.L.G. statt. In der Versammlung der Sachzuchtabteilung wurde mitgeteilt, daß sich die Badische Futterpflanzenzüchtung im Aufschwung befinde, große Fortschritte seien mit Handerer Kollie erzielt worden. In der Tierzucht-Abteilung wurde auf die haatliche Milse bei der badischen Tierzucht hingewiesen. Die badischen Erfolge bei vielen Ausstellungen bewiesen die Zweckmäßigkeit des staatlichen Vorgehens. In der Versammlung für landwirtschaftliche Versuchsringe wurde eine Entschließung betreffs Angliederung chem. Laboratorien an die Versuchsringe genehmigt.

Die arbeitreiche Herbsttagung der D.L.G. fand ihren Abschluß in der Hauptversammlung in der Stadthalle zu Heidelberg in der Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hansen, Berlin, eine Gedächtnisrede anläßlich des 100. Todestages eines Begründers der Landwirtschaftsgesellschaft und Reformator der Landwirtschaft, Thiers, hielt, und die eine Einladung durch Oberbürgermeister Boes, Berlin, zur Abhaltung der Wanderausstellung 1931 in Berlin entgegennahm. Als Tagungsort für die nächste Herbsttagung der D.L.G. wurde Dresden bestimmt. In der Tagung nahm auch der Rektor der Universität Heidelberg teil.

Tagungen

Der Landesverband der Vereine ehemaliger Landwirtschaftsschüler Badens hielt am Sonntag, den 14. Oktober, vormittags 9 Uhr, im großen Saal des Restaurant „Prinz Max“ in Heidelberg seine erste Generalversammlung ab. Über 300 ehemalige Landwirtschaftsschüler aus ganz Baden waren erschienen. Der Vorsitzende, Herr Landesökonomierat Stadler, Ofenbrunn, konnte unter anderen die Abgeordneten Heilmann, Öttingen, Hoffmann, Heidelberg, Hed, Gerchitzstein, Sad, Tauberhofsheim, Joller, Durlach, und den Vertreter der Stadt Heidelberg begrüßen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende einen Bericht über Zweck, Ziel und Tätigkeit des Verbandes. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles folgten zwei Referate von Dr. Kanzler, München, und Landesökonomierat Doll, Ladenburg, über Grünlandfragen. Ein selbst aufgenommener Vortragsfilm der Landwirtschaftsschule Ladenburg über Entwässerungs- und Kulturarbeiten bildete den Abschluß der Tagung.

Badischer Licht- und Wasserfachbeamtenstag. In Wahl tagen am Sonntag die badischen Mitglieder des Verbandes deutscher Licht- und Wasserfachbeamten. Zu der Tagung waren über 20 Beamte der badischen Gaswerke erschienen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles wurde von Oberinspektor Müller, Karlsruhe, ein anderthalbstündiger Vortrag über das Gas im allgemeinen, Gaswerbung und Verwendung des Gases in den einzelnen Abzweigungen referiert. In der Diskussion wurden von einzelnen Rednern verschiedene Anregungen noch gebracht, so daß die Teilnehmer so recht über die heutige Lage der Gasindustrie aufgeklärt wurden.

Tagung der Vertreter der Elektrizitätswerke. Die Leiter der süddeutschen Elektrizitätswerke und Überlandzentralen trafen sich am Freitag und Samstag in Neustadt a. d. S. zu ihrer 65. Hauptversammlung des Verbandes der Elektrizitätswerke am Mittelrhein. Bei einer Fahrt durch die Pfalz fuhr man zunächst nach Speyer, um dort die Kaisergräber und den Dom zu besichtigen. Im Anschluß daran wurde das neue 100 000-Volt-Linienwerk der Pfalzwerke in Landau besichtigt. Befanlich ist diese Station gleichzeitig eine Regulierungsstation für die Stromlieferung der Südpfalz und seiner großen Bedeutung gemäß nach den modernsten Erfahrungen eingerichtet. Abends versammelten sich die Teilnehmer zu einem zwanglosen Begrüßungsabend im Saalbau bei Pfälzer Wein und Humor. Der Samstag war rein fachlichen Beratungen gewidmet.

Südwestdeutsche Missionskonferenz. Am 31. Oktober findet in Heidelberg im Holländer Hof die Sitzung der bereinigten Ausschüsse der Südwestdeutschen Konferenz für Innere Mission statt.

Reichsverband der Deutschen Gemeindevorstände

Nach einem Empfangsabend im Stadgartenrestaurant trat Freitag vormittag in den „Vier Jahreszeiten“ in Karlsruhe der Reichsverband der Deutschen Gemeindevorstände zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Hierzu sind aus allen Teilen des Reiches wie auch aus den besetzten und abgetrennten Gebieten weit über 200 Berufscollegen erschienen, dazu eine große Reihe von Regierungsvertretern. U. a. haben das Reichsgesundheitsamt, das badische Ministerium des Innern und das preussische Landwirtschaftsministerium ihre Intereße an den Verhandlungen durch Entsendung der zuständigen Referenten bezeugt. Ebenso war der deutsche Veterinär- rat vertreten.

Der 1. Vorsitzende Stadtveterinär Dr. Sasemann, Dessau, hieß die Hauptversammlung willkommen. Von allen bisherigen Tagungen hatte die gegenwärtige in Karlsruhe den stärksten Besuch aufzuweisen. Nachdem die Vertreter der Regierung und der Stadtverwaltung sowie des Deutschen Veterinärrats ihre Grüße entboten hatten, wurde in die reichhaltige Tagesordnung eingetreten, deren Erledigung auch den heutigen Samstag in Anspruch nehmen wird. An der Spitze der Verhandlungen stand der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden, womit dieser einen interessanten Rückblick auf die 25 Jahre seit Bestehen des Reichsverbandes gab. Die Versammlung schloß den einstimmigen Beschluß, den Schöpfer dieser Geseßgebung, Ministerialrat Prof. Dr. von Hertog, Stuttgart, zum Ehrenmitglied des Reichsverbandes zu ernennen.

Dr. Tiede, Köln, verbreitete sich über die nach dem Lebensmittelgesetz vom 6. Juni 1927 erforderliche Organisation der Milchkontrolle durch die Stadtverwaltung, unter besonderer Berücksichtigung der Zuständigkeitsabgrenzung der behördlichen Sachverständigen. Prof. Dr. Müller, München, behandelte das Thema: „Fleischbeschau und bakteriologische Fleischuntersuchung, Kennzeichnung der ordentlichen Schlachtungen und der Notgeschlachten“, Schlachthofdirektor Dr. Frisinger, Bochum, sprach über die Begutachtung der Wurst durch den Tierarzt, mit besonderer Berücksichtigung der histologischen Untersuchungen. In die Vorträge knüpfte sich eine rege Aussprache. Auch der folgende Beratungsgegenstand, der die Ausübung der Sanitäts- und Veterinärpolizei an den Schlacht- und Viehhöfen, sowie die Lebensmittelkontrolle in den Städten betraf, fand eingehende Erörterung.

Nach Erledigung der verschiedenen Vorträge und Vorführungen, wobei besonders diejenigen über die elektrische Betäubung von Schlachtieren im städtischen Schlachthof Karlsruhe großes Interesse hervorriefen, wurde am Samstag nachmittag auf der Karlsruher Tagung zu der Beratung rein geschäftlicher Angelegenheiten geschritten.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Dr. Sasemann, Dessau, einstimmig zum ersten Vorsitzenden auf die Dauer von drei Jahren wiedergewählt. Sodann wurde über eine Reihe von Anträgen mehr interner Art beraten. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Antwort des Reichsministeriums des Innern über die bakteriologischen Untersuchungen an den Schlachthöfen, ohne daß die Tagung hierbei zu einem positiven Resultat kam. Beschlossen wurde, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes an dem nächsten Städtetag teilnimmt und dort die Anträge zur Sprache bringt. Hierunter fallen auch Fragen über die Fischkontrolle und über die Beamten-einstufungen. Bei der Erörterung von Organisationsfragen wurde festgestellt, daß der Reichsverband jetzt länderlos besteht, nachdem Württemberg sich als Landesgruppe Baden-Württemberg eingefügt hat. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Danzig bestimmt. Mit einem Autoausflug nach Baden-Baden am Sonntag endete die Tagung.

Aus den Parteien

Am 20. Oktober feiert in Freiburg der bekannte liberale Politiker Geheimrat Edmund Rebmann seinen 75. Geburtstag. 1905 wurde er als nationalliberaler Abgeordneter des Freiburger Wahlkreises in die 2. badische Kammer entsandt. 1910 wurde er Führer der Badischen Nationalliberalen. Nach dem Kriege schloß sich Geheimrat Rebmann der demokratischen Partei an, ohne jedoch politisch nochmals hervorgetreten zu sein. Rebmann wurde 1858 in Donaueschingen geboren, studierte Mathematik und Naturwissenschaften und war dann Professor bei einer Reihe von Schulen, Direktor der Freiburger Oberrealschule und Oberlehrer in Karlsruhe. 1919 trat er in den Ruhestand.

Die Deutsche Demokratische Partei Badens rüht sich für die kommende Winterarbeit. In einer geschäftsführenden Ausschußsitzung wurden die Richtlinien festgelegt, die bei der Aufstellung der Kandidaten in den 22 Wahlkreisen als Grundlage für diese Arbeit gelten sollen. Eine erste Zusammenkunft kommunalpolitisch tätiger Parteifreunde wird am 11. November in Baden-Baden stattfinden. An diesem Tage und am vorhergehenden Samstag findet dort auch gleichzeitig die Landesversammlung der badischen Jungdemokraten statt.

Olympiaerfolg eines Karlsruher Künstlers

Bei dem internationalen Wettbewerb „Kunst und Sport“, der anläßlich der olympischen Wettkämpfe in Amsterdam stattfand, und an dem elf Nationen beteiligt waren, wurde Prof. Max Länger von der Karlsruher Technischen Hochschule für den von ihm ausgestellten Plan des Hamburger Stadtparks aus dem Jahre 1908 die Olympische Bronzeplakette verliehen. Prof. Länger hat dieser Tage an dem Empfang der Olympiafeier beim Reichspräsidenten in Berlin teilgenommen. Der große Erfolg des bekannten Karlsruher Künstlers wird in Baden mit besonderer Freude und Genugtuung aufgenommen werden.

Eine deutsche Forschungs Expedition in Sibirien-Turkestan festgehalten. Die deutschen Forschungsreisenden Frinckler und Deterra haben nach Erforschung des westlichen Himalaya und Chinesisch-Turkestan Delhi erreicht. Eine aus 40 Mann bestehende Karawane mit geologischen Funden, die unter Führung des Schweizer Expeditionsteilnehmers Buhhard über Kaschgar und die transsibirische Eisenbahn nach Europa befördert werden sollte, ist in Kaschgar von den chinesischen Behörden festgehalten und wahrscheinlich beschlagnahmt worden. Die Forschungsreisenden haben sich an die deutsche Gesandtschaft in Peking mit der Bitte gewandt, sich bei der chinesischen Regierung für die Freigabe zu verwenden, da sonst die praktischen Ergebnisse der 14monatigen Forschungsarbeit verloren wären.

Ein Lutherfund in Südafrika. Ein interessanter Bücherfund ist in Johannesburg gemacht worden. Er besteht aus Martin Luthers ursprünglichem Katechismus. Das Buch wurde in einem Bücherladen für einen Schilling gekauft. Es ist in Pergament gebunden, gut erhalten und von 1532 datiert. Der Käufer hat ein Angebot von 500 Pfund abgelehnt.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl in Weiskirchen (zweiter Wahlgang) wurde Lehner Schen mit 330 Stimmen als Bürgermeister gewählt.

Ein künftiges Gesundheitsamt in Mannheim. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses sollen in Mannheim die Aufgaben der städt. Gesundheitsfürsorge mit Ausnahme des Krankenhauses in einem städt. Gesundheitsamt zusammengefasst werden.

2 1/2 Millionen für Kleinwohnungen in Heidelberg. Dem Bürgerausschuss Heidelberg wird für die am 30. Oktober stattfindende Sitzung eine Vorlage zugehen, die eine Anleihe von 2 1/2 Millionen Reichsmark fordert.

Aus der Landeshauptstadt

Der Glückwunsch Karlsrubes. Anlässlich der glücklichen Landung des „Graf Zeppelin“ in Lakehurst hat der Oberbürgermeister von Karlsruhe folgenden telegraphischen Glückwunsch an den Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen abgeschickt: „Das glückliche Gelingen der großen Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ erfüllt auch die Landeshauptstadt Karlsruhe mit Stolz und großer Freude.“

Vortrag über „Jiddu Krishnamurti, der Weltlehrer“. Als Augenzeugin und Beteiligte sprach am Montag im Rathaus Frau Ina Spring über dieses Thema. Krishnamurti wurde im Jahre 1896 in Madras (Indien) geboren. Im Jahre 1910 „entdeckte“ ihn Mrs. Besant, die bekannte Präsidentin der internationalen theosophischen Gesellschaft.

Die Eintragungen für das kommunistische Volksbegehren. Dienstagabend wurden die Eintragungslisten geschlossen. In ganzen haben sich in Karlsruhe 1659 Personen eingetragen (einschließlich der vorläufig noch beantragten Eintragungen).

Selbstmord in der Badelabine. Am Montag vormittag nach 10 Uhr schob sich ein Mann in einer Badelabine im Bierordbad eine Kugel durch den Kopf und starb am Nachmittag. Es handelt sich um den früheren Stadtbaurat Alexander Zehme.

Zweites Sinfoniekonzert des Bad. Landesorchesters. Mit Schuberts Overtüre zu Rosamunde und daran anschließend der fünften Sinfonie in B-Dur beginnt zur Erinnerung an die bevorstehende Zentenarfeier seines Todesjahres das zweite Konzert und schließt mit dem „Till Eulenspiegel“ von Richard Strauß.

Wetternachrichten des Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Einer der Sturmwirbel, die während der Amerikafahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ den Ozean überquerte, ist jetzt soweit herangezogen, daß er den größten Teil Norddeutschlands in seinen Wirkungsbereich einbezieht.

Kurze Nachrichten aus Baden. hld. Mannheim, 16. Okt. Gestern vormittag starb unerwartet infolge eines Herzschlages der Direktor der Fleischerinnungsgenossenschaft, Georg Kollath, der zugleich Vorsitzender der Mannheimer Sängervereinigung und Ehrenpräsident des Sängertanzes war.

Dr. Durlach, 17. Okt. Der Präsident des Badischen Ratsschreibervereins, Grundbuchamtsrat i. R. Durlach, konnte dieser Tage in Koperlicher und geistiger Frische das 65. Lebensjahr begehren.

hld. Mannheim, 17. Okt. Das kommunistische Volksbegehren hat hier keinen besonderen Widerhall gefunden. Von 8250 Wahlberechtigten haben nur 171 sich in die Listen eingetragen.

Dr. Urloffen, 16. Okt. Unsere Gegend ist bekannt für den Anbau von Meerrettig, der hier dank der günstigen Bodenverhältnisse ganz ausgezeichnet gedeiht.

Dr. Rahr, 17. Okt. Der Erfolg des kommunistischen Volksbegehrens ist auch hier sehr dürftig. Im ganzen wurden 193 Eintragungen vorgenommen.

Dr. Mühlheim, 16. Okt. In den bekannten Hauptweinorten Brühlingen und Lauffen ist seit gestern der Herbst in vollem Gange. Ein herbstlicher Reif bedeckt das Gelände, und die Temperaturen sanken bis 2 Grad unter Null.

Dr. Freiburg, 17. Okt. In der Einzugsfrist vom 3. bis 16. Okt. haben sich 625 Wahlberechtigte eingetragen. Das ist von den 61 680 Wahlberechtigten 1,01 Prozent.

Dr. Freiburg i. Br., 16. Okt. Erzbischof Dr. Karl Fritsch beabsichtigt, am 19. Oktober nach Rom zu fahren.

Dr. Vörrach, 17. Okt. Gestern vormittag explodierte an der Straße nach Rümelingen der einer hiesigen Firma gehörende Kraftwagen. Das Betriebsgehäuse wurde vollkommen zerstört.

Dr. Vörrach, 17. Okt. Zur Einzeichnung für das Volksbegehren „Panzerkreuzerbesatz“ haben sich hier 875 Personen eingetragen.

Geschäftliches. Die Singer Nähmaschinen-Aktiengesellschaft in Karlsruhe veranstaltete am vergangenen Dienstag in den Residenz-Lichtspielen eine Filmvorführung über die Entstehung der Nähmaschine und ihre vielseitige Verwendbarkeit.

Evang. Stadtkirche. Samstag, 20. Oktober 1928. abends 8 Uhr. Musikalische Feierstunde. Kuhlo - Hornsextett. aus Bethel bei Bielefeld unter Leitung von Pastor D. theol. Kuhlo.

Tanzinstitut. Großkopf. Beginn neuer Kurse. Sprechzeit: 11-1/2 Uhr nachm. 4-1/2 Uhr nachm. Sonntags: 11-1/2 Uhr nachm. Herrenstraße Nr. 34.

GEWASCHENEN doppelt gebrochenen und gesiebten Teerporus. liefert preisgünstig. Porphyrtwerk Dossenheim. H. VATTER. DOSENHEIM A.D.B. TEL. HEIDELBERG 4-099.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Gothaer Versicherungs-Bank. Versicherungen aller Art. Gothaer Feuerversicherungs-Bank auf Gegenseitigkeit. Gothaer Lebensversicherungs-Bank auf Gegenseitigkeit. Gothaer Transportversicherungs-Bank Aktien-Gesellschaft. Gothaer Allgemeine Versicherungs-Bank Aktien-Gesellschaft.

Bekanntmachung. Auslösung der Ablösungsanleihe der Stadtgemeinde Wiesloch betr. Bei der am 11. Oktober 1928 vorgenommene Auslösung der für die Jahre 1926, 1927 und 1928 zur Reinzahlung gelangenden Auslösungsrechte zur Ablösungsanleihe der Stadtgemeinde Wiesloch wurden folgende Auslösungscheine gezogen:

Bekanntmachung. Die Mitglieder des unterzeichneten Verbandes übernehmen Aufträge nur auf Grund der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Güterbeförderer und Fuhrunternehmer von Baden und der Pfalz, die bei Vertragsabschluss eingefordert werden können.

Detektiv-Institut u. Privat-Rückumkehr Argus. Mannheim. Planken 6. A. Maier & Co., G.m.b.H.

Les Bücher. Wissen gibt Macht!

Badisches Landestheater. Donnerstag, 18. Oktober. D 5 Th.-Gem. 2. S.-Gr. Der Schwarzküchler. Lustspiel von Götz. Mitwirkende: Genter, Quaiser, Schreiner, Gemmede, Gertz, Hjerl, Just, Müller, M. Schneider.

COLOSSEUM. Täglich 8 Uhr abends. Die lachende REVUE. Freut Euch des Lebens.